

L-01 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 12.09.2019

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Kinderarmut

1 **Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin**

2 Berlin ist Hauptstadt der Kinderarmut, jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen
3 angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. Der Kindergeschultag, der Schulausflug – Dinge,
4 die für andere Kinder selbstverständlich sind, sind für viele dieser Kinder ein Luxus, den
5 sie selten erleben. Diese Ungerechtigkeit ist gerade in einem so reichen Land wie
6 Deutschland nicht hinnehmbar.

7 Armut nimmt strukturell und systematisch Chancen, Zuversicht und Teilhabe. Kinder tragen nie
8 die Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung in ihrer
9 Familie. Sie nehmen die Sorgen wahr und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und
10 kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen
11 Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt.

12 Es ist skandalös, dass allein Kinder zu bekommen in Deutschland ein Armutsrisiko darstellt.
13 Besonders betroffen sind die Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem
14 Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem
15 Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Und auch, wenn Eltern
16 ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko. Dass damit die Schwächsten
17 der Gesellschaft besonders unter Druck stehen, nehmen wir nicht hin! Deshalb entwickeln die
18 Senatsverwaltungen unter der rot-rot-grünen Regierung in Berlin mit der Landeskommission zur
19 Prävention von Kinder- und Familienarmut aktuell eine Strategie zur Verbesserung der Lage
20 von armen Familien in Berlin.

21 Die allermeisten Eltern tun alles dafür, dass es ihren Kindern gut geht und sie die Armut
22 nicht spüren. Eltern sparen an sich selbst, aber auf dem Weg aus der Armut ihrer Kinder
23 scheitern sie häufig an formalen Hürden, an den Vorurteilen der Arbeitgeber*innen und auch
24 an öffentlichen Institutionen. Die Hürden komplizierter und als stigmatisierend empfundener
25 Antragsverfahren sind der Hauptgrund für eine hohe Dunkelziffer verdeckter Armut.

26 Auch die Unterschiede zwischen den Bezirken, Stadtteilen und sogar Nachbarkiezen sind
27 gewaltig. Während in den Bezirken Neukölln und Mitte Armut jedes zweite Kind betrifft, ist
28 in Pankow und Steglitz-Zehlendorf „nur“ etwa jedes 8. arm. Im Märkischen Viertel sind
29 weiterhin weit mehr als die Hälfte aller Kinder arm, im benachbarten Lübars „nur“ jedes 16.
30 Kind; im Gesundbrunnen fast zwei Drittel aller Kinder, im benachbarten Stadtteil Mitte
31 dagegen „nur“ jedes 7. Kind und im Prenzlauer Berg „nur“ jedes 10. Kind. Noch krasser sind
32 die Unterschiede zwischen Hellersdorf und Mahlsdorf: Während Kinder in Mahlsdorf nur in
33 Einzelfällen von Armut betroffen sind, trifft es in Hellersdorf fast die Hälfte aller
34 Kinder.

35 Auch das ist entscheidend für einen katastrophalen Armutskreislauf. In den von Armut
36 besonders betroffenen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die Bildungsqualität
37 geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Dadurch sinken die
38 Chancen auf eine Ausbildung, ein Studium und einen Beruf, die aus der Armut führen können.

39 Hier setzt die ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial
40 benachteiligter Quartiere dreier Senatsverwaltungen an. Dabei sollen Aktivitäten stärker

41 koordiniert und Ressourcen konzentriert werden. Ziel ist die Schaffung gleichwertiger
42 Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. Denn wir haben die Verantwortung für
43 alle Menschen in der Stadt. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich
44 entfalten können – und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.

45 Wir werden daher den Armutskreislauf auf allen drei Ebenen durchbrechen: Wir wollen die
46 Kinder materiell eigenständig absichern, die institutionelle Förderung und Begleitung der
47 Familien verbessern und bürokratische Hürden abbauen, indem wir die Verwaltung neu
48 aufstellen.

49 **Wege aus der Kinderarmut – die grüne Kindergrundsicherung**

50 Arm ist zuallererst, wer kein oder zu wenig Geld hat. Daher ist Kinderarmut auch stets
51 Familienarmut. Kinder sind jedoch keine kleinen Erwachsenen oder Anhängsel ihrer Eltern, sie
52 sind Träger*innen eigener Rechte und haben eigene Bedarfe. Wir wollen arme Kinder
53 eigenständig absichern, um die materielle Seite der Kinderarmut zu beheben. Dabei setzen wir
54 auf die Einführung einer umfassenden Kindergrundsicherung. Die Bundestagsfraktion von
55 Bündnis 90/Die Grünen hat dazu ein konkretes Konzept entwickelt, das wir auch als Berliner
56 Bündnisgrüne unterstützen.

57 Denn die bestehende Familienförderung in Deutschland ist ein massiv ungerechtes Drei-
58 Klassen-System: Wohlhabende Familien erhalten völlig unbürokratisch hohe Kinderfreibeträge,
59 gesichert durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Familien mit kleineren und
60 mittleren Einkommen erhalten unbürokratisch das Kindergeld, das bereits niedriger liegt als
61 die hohen Kinderfreibeträge, von denen Wohlhabende profitieren. Beide profitieren von einer
62 automatischen Prüfung zu ihren Gunsten durch das Finanzamt. Dagegen müssen Familien, deren
63 Einkommen nicht für alle Familienglieder reicht oder die vollständig auf Sozialleistungen
64 angewiesen sind, mehrfach im Jahr bei völlig unterschiedlichen Behörden Unmengen
65 komplizierter Anträge stellen. Dabei wird das Kindergeld mit anderen Sozialleistungen
66 verrechnet, netto also nicht gezahlt – gerade die Kinder, die Kindergeld am dringendsten
67 brauchen, sind damit vom Bezug ausgeschlossen. Unterstützungsleistungen wie Kinderzuschlag
68 oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sind so kompliziert, dass die meisten
69 Familien sie weder kennen noch beantragen. Familien, die ohnehin schon mehr Geld haben,
70 werden so staatlich gefördert, während für die Ärmere Hürden aufgebaut werden.

71 Das wollen wir ändern! Die vielfachen Ungerechtigkeiten wollen wir auf Bundesebene mit der
72 Einführung einer grünen Kindergrundsicherung lösen – wir begrüßen, dass unsere
73 Bundestagsfraktion hierzu ein Konzept vorgelegt hat. Sie ist dynamisch an die Entwicklung
74 der Lebenshaltungskosten angepasst, wird automatisch ausgezahlt und als eigenständige
75 Leistung nicht mehr auf das Einkommen der Eltern angerechnet. Dafür wollen wir das
76 soziokulturelle Existenzminimum neu berechnen und an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern
77 bemessen. Wir wollen die Hineinrechnung von Familien, die Sozialgeld bekommen, beenden. Ein
78 Garantiebtrag für alle ersetzt Kindergeld und die Kinderfreibeträge, unabhängig vom
79 Einkommen der Eltern, und ein GarantiePlus-Betrag für alle armen Kinder kommt dazu und fasst
80 die Kinderregelsätze, das sich dynamisch entwickelnde soziokulturelle Existenzminimum, den
81 Kinderzuschlag und viele Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zusammen, wobei aber
82 individuelle Mehr- und Einmalbedarfe selbstverständlich erhalten bleiben. Weil nach unserem
83 grünen Konzept Eltern dem automatischen Informationsabgleich der Behörden zustimmen können
84 und dann mit einem einmaligen Antrag wie heute beim Kindergeld alle Leistungen der
85 Kindergrundsicherung automatisch ausgezahlt werden, ist die grüne Kindergrundsicherung
86 wesentlich unbürokratischer und für Eltern einfacher zu handhaben. Außerdem soll die
87 Kindergrundsicherung für Kinder Alleinerziehender nur noch zur Hälfte auf den
88 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, so dass die automatische Angleichung auch endlich in
89 Ein-Eltern-Familien ankommt.

90 Auf der Berliner Ebene haben wir uns mit der rot-rot-grünen Koalition vorgenommen, Familien
91 finanziell zu entlasten. Von kostenloser Kita- und Hortbetreuung, dem kostenlosen Schulessen
92 oder dem kostenlosen ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren alle Familien, besonders aber
93 Familien, die in Armut leben. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei dafür sorgen, dass
94 die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Beste Kita- und Hortbetreuung,
95 gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel
96 bringen. Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu
97 hoch waren und Familien, die statistisch nicht als arm erfasst werden und in verdeckter
98 Armut leben, helfen wir hier unbürokratisch und direkt.

99 **In Verwaltung und Arbeitswelt Hürden abbauen**

100 Die Berliner Verwaltung war bislang nicht gerade für unbürokratische und schnelle Hilfe
101 bekannt – Rot-Rot-Grün hat sich hier auf den Weg gemacht und wir arbeiten weiter daran,
102 unsere Verwaltung noch fitter zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 setzen wir
103 beispielsweise einen Schwerpunkt beim Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner
104 Servicekonto. Davon profitieren natürlich alle Berliner*innen; wir wollen aber ein
105 besonderes Augenmerk darauf legen, die Verwaltung besonders für Familien schneller und
106 besser zu machen. Das ist besonders wichtig für Familien, die in Armut leben, da sie
107 dringender auf gewisse staatliche Leistungen angewiesen sind. Im Rahmen unserer Forderung
108 nach einem Familienfördergesetz, auf die wir uns auch im Koalitionsvertrag verständigt
109 haben, setzen wir uns dafür ein, dass alle Bezirksämter ein Familienbüro einrichten, in dem
110 alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können und in dem auch
111 Sozialarbeiter*innen zur Beratung zur Verfügung stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass
112 beispielsweise für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder
113 dieselben Unterlagen eingereicht werden müssen. Wenn es möglich gemacht wird, dass ein*e
114 Sachbearbeiter*in für jede Familie alle notwendigen Unterlagen sammelt und anschließend mit
115 den zuständigen Stellen weiter verarbeitet, würde das Eltern vieles enorm erleichtern.
116 Gerade höherschwellige Zugänge, wie etwa der zum BuT, würden Familien damit erleichtert und
117 könnten wesentlich einfacher abgerufen werden. Auch die unterschiedlichen Leistungen, die
118 teilweise vom Jugendamt und teilweise vom Sozialamt finanziert werden, könnten hier zusammen
119 bearbeitet werden und würden armen Familien das Leben erleichtern. Es ist klar, dass eine
120 Familie im Transferleistungsbezug weder den Musikschulunterricht noch die Klassenfahrt
121 zahlen kann – jeder neue Antrag ist hier eine unnötige Hürde.

122 Eine entsprechende Umstellung der Verwaltung kann jedoch nur eine Übergangslösung sein. Für
123 uns ist die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets der richtige Weg. Wir brauchen
124 stattdessen endlich eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene einerseits und andererseits
125 Angebote vor Ort bei Mittagessen, Nachhilfe, Sport, und Kultur, die beispielsweise in
126 Ganztagschulen stattfinden und damit allen Kindern ohne bürokratische Anträge und Hürden
127 zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe. Alle werden
128 bestmöglich gefördert, kein Kind steht gedemütigt daneben, weil der entsprechende Antrag
129 nicht ausgefüllt wurde. Das BuT wird derzeit gerade von denen nicht in Anspruch genommen,
130 die es am nötigsten bräuchten. Das wollen wir ändern. Eine Aufgabe, bei der sowohl die
131 Länder als auch der Bund in der Verantwortung sind.

132 Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, ist Prävention das entscheidendste Mittel. Die Logik
133 der Kosten-Leistungs-Rechnung des Berliner Haushalts ist damit jedoch schwer in Einklang zu
134 bringen. Damit die Bezirke hier handlungsfähiger werden und flexibler auf die Bedarfe vor
135 Ort reagieren können, haben wir uns im Rahmen der Doppelhaushaltsverhandlungen für ein so
136 genanntes Flexibudget für die Bezirke eingesetzt. Damit soll für Familien, Kinder und
137 Jugendliche in besonderen oder belastenden Lebenslagen ein frühzeitiger Zugang zu gezielten,
138 bedarfsgerechten sozialräumlichen Angeboten im Rahmen von Jugendsozialarbeit, Förderung der
139 Erziehung und Beratung in Fragen von Partnerschaft, Trennung und Umgangsrecht ermöglicht

140 werden, bevor Hilfen zur Erziehung nach §27 des Achten Sozialgesetzbuches nötig werden. Wir
141 wollen damit die bezirkliche Steuerung und die sozialräumliche Infrastruktur durch die
142 Bereitstellung von zusätzlichen zweckbezogenen Mitteln für frühe Ansätze im Vorfeld der
143 Notwendigkeit von Hilfen zur Erziehung stärken.

144 Kinderarmut entsteht dort, wo Eltern arm sind. Neben staatlicher Hilfe in der aktuellen
145 Notsituation muss es also oberste Priorität haben, Eltern zu ermöglichen, aus der Armut
146 heraus zu kommen oder gar nicht erst hinein zu kommen. Eine Arbeit, von der man auch leben
147 kann, ist dafür unerlässlich. Deshalb ist es gut, dass wir zum Beispiel im nun vorgelegten
148 Entwurf für ein Vergabegesetz auf einen angemessenen Mindestlohn achten. Aber auch die
149 Arbeitswelt muss strukturell Wege aus der Armut unterstützen. Dafür muss es möglich sein,
150 dass Eltern eine Ausbildung in Teilzeit machen oder, wenn sie bereits in einem
151 Arbeitsverhältnis sind, für begrenzte Zeit in Teilzeit gehen und anschließend ein
152 Rückkehrrecht zu einer Vollzeitbeschäftigung haben. Wir erwarten hier von der Berliner
153 Verwaltung, dass sie eine Vorbildfunktion bei der Teilzeitausbildung einnimmt und
154 entsprechende Möglichkeiten offensiv bewirbt.

155 **Rahmenbedingungen verändern**

156 In Berlin gibt es aber auch viele Eltern, die gern (mehr) arbeiten würden, aber keine
157 zuverlässige Betreuung für ihre Kinder haben und es deshalb nicht schaffen, aus der Armut
158 heraus zu kommen. Deshalb kämpfen wir für ausreichend Kitaplätze und dafür, dass Eltern bei
159 der Auswahl einer Kindertagesbetreuung auch tatsächlich wieder eine Wahl haben. Alle Träger
160 brauchen bei der Suche nach und dem Erwerb von Flächen u. a. durch die Ausweitung von
161 Erbbaupachtverträgen Unterstützung und ein ausfinanziertes Neubauinvestitionsprogramm. In
162 Zusammenarbeit mit IHK und HWK und insbesondere den landeseigenen Betrieben wollen wir auch
163 die Einrichtung von Betriebskitas voranbringen.

164 Bildungs- und Betreuungsangebote müssen zudem den tatsächlichen Bedarf der Familien
165 abdecken. Eltern, die beispielsweise im Schichtdienst bis 20 Uhr arbeiten müssen, nützt eine
166 Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig. Hier gilt es, passende Angebote zu schaffen, die am
167 Kindeswohl orientiert sind. Verlängerte Kita-Öffnungszeiten sind dabei zwar ein Baustein,
168 können aber nicht alle Bedarfe abdecken. Berlin hat mit dem MoKiS (Mobiler
169 Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten) eigentlich ein großartiges
170 Angebot für Eltern, die außerhalb von Kita-Öffnungszeiten arbeiten müssen. Das Angebot ist
171 aber zum einen zu unbekannt und zum anderen sind die Hürden, tatsächlich auf diesem Weg an
172 eine Betreuung zu kommen, viel zu hoch. Hier wollen wir ansetzen und den MoKiS bekannter
173 machen, aber vor allem leichter zugänglich.

174 Viele Familien leben über Generationen hinweg in Armut – um diesen Kreislauf zu
175 durchbrechen, braucht es auch eine langfristige Strategie. Dabei ist ein wichtiger Hebel
176 eine diskriminierungsfreie Bildungspolitik, die allen Kindern dieselben Chancen bietet.
177 Dafür haben wir zuletzt 2018 in unserem Beschluss „Schule fürs Leben: Bessere Schulen, mehr
178 Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt“ konkrete Schritte
179 vorgeschlagen. Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote in Berlin muss endlich in den Griff
180 bekommen werden und allen Kindern muss ein guter Zugang zu Bildung ermöglicht werden –
181 längeres gemeinsames Lernen, Schulsozialarbeit oder kostenlose Unterstützung bei
182 Hausaufgaben sind Beispiele dafür, wie zumindest ein Stück weit unterschiedliche
183 Voraussetzungen in den Familien ausgeglichen werden können.

184 Aber um Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft
185 und von Geburt an ansetzen. Gerade junge Mütter und Väter dürfen sich in dieser aufregenden
186 und anstrengenden Zeit nicht allein gelassen fühlen. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt
187 haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen auf den Weg gebracht.
188 Die Idee dahinter: Krisen verhindern, bevor sie entstehen. Babylots*innen informieren

189 Schwangere und ihre Partner*innen über Unterstützungsmöglichkeiten nach der Geburt. Aber
190 auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-, Jugend- und
191 Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

192 Finanzielle Armut in einer Familie bedeutet natürlich nicht zwangsläufig, dass Eltern nicht
193 in der Lage sind, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen oder diese gar vernachlässigen.
194 Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren
195 Unterstützung. Wenn Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt
196 das in vielen Fällen auch zu Hoffnungslosigkeit bei den Eltern, teilweise zu Depression oder
197 Suchterkrankungen. Gerade in solchen Situationen brauchen Familien gezielte Unterstützung.
198 Wir haben uns deshalb in den Beratungen zum Doppelhaushalt dafür eingesetzt, dass es für
199 Eltern von Grundschulkindern eine Elternbegleitung gibt, die sie empowert, ihre Kinder gut
200 durch die Schulzeit zu begleiten.

201 Darüber hinaus gibt es in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit
202 Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten. In Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
203 können Kinder und Jugendliche sich frei entfalten und erfahren Unterstützung in ihrer
204 individuellen Entwicklung. Abseits von Notendruck und elterlicher Aufsicht können sie sich
205 hier ausprobieren und werden in ihren Interessen gefördert. Die Menschen, die hier mit den
206 Kindern und Jugendlichen arbeiten, leisten einen unbezahlbaren Beitrag für deren Entwicklung
207 und zum sozialen Zusammenhalt in den Kiezen. Genauso wichtig sind Familienzentren oder
208 Nachbarschaftsheime, die Familien beraten und unterstützen. Viele der Familienzentren in
209 Berlin gehen bereits jetzt über die „typischen“ Beratungsthemen rund um Familie und
210 Erziehung hinaus, da der Bedarf an Schuldnerberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen
211 Beratungen stetig wächst und für viele Familien zur Herausforderung wird. Wir wollen die
212 Familienzentren befähigen, diese Beratungen weiter zu bieten und – ähnlich wie die Early
213 Excellence Centres in England – sich weiter hin zu Orten zu entwickeln, an denen Familien
214 eine ganzheitliche Beratung, von Erziehungs- über Gesundheitsfragen bis hin zur
215 Bewerbungsberatung, erfahren.

216 Wer will, dass Familien gut unterstützt werden können, muss auch die im Blick haben, die
217 ihnen helfen. Denn gerade die Menschen, die daran arbeiten, gehen oft auf dem Zahnfleisch.
218 Es ist deshalb dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderen Menschen, die in diesen
219 Zusammenhängen arbeiten, sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit
220 entsprechend ihrer Qualifikation zu entlohnen. Es ist deshalb richtig, dass
221 Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin
222 mehr Geld bekommen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die Kostenblätter, nach denen
223 freie Träger bezahlt werden, endlich so angepasst werden, dass Kostensteigerungen, die durch
224 alterndes und damit in Tarifstufen aufsteigendes und deshalb „teurer“ werdendes Personal
225 entstehen, mit abgedeckt sind. Es kann nicht sein, dass Sozialarbeiter*innen in dem Moment,
226 in dem sie eine Erfahrungsstufe nach oben rutschen, ihre Arbeitsstunden reduzieren müssen,
227 damit der Träger sie weiterhin finanzieren kann. Außerdem stellt die Tatsache, dass viele
228 Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Familienzentren und Nachbarschaftsheime nur
229 projektfinanziert sind, viele der hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer
230 im Dezember, beziehungsweise teilweise sogar im Januar und Februar noch nicht weiß, ob er
231 für das kommende (oder bereits laufende) Jahr noch eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die
232 Probleme der Kinder, mit denen er*sie arbeitet, konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und
233 Familien immer auch Beziehungsarbeit ist, die nur langfristig funktionieren kann, wollen wir
234 mehr Einrichtungen langfristig finanzieren. Dass die rot-rot-grüne Koalition ein so gut
235 laufendes Projekt wie die Stadtteilmütter endlich in eine längerfristige Finanzierung
236 überführt hat, ist deshalb ein guter Schritt! Und die Stadtteilmütter zeigen auch:
237 Aufsuchende, begleitende Eltern- und Familienarbeit ist ein Schlüssel zum Erfolg. Es bleibt
238 daher unser Ziel, mit einer Ausweitung des Projektes Stadtteilmütter Familien unabhängig von

239 ihrer Herkunft zu unterstützen. Es ist bedauerlich, dass der Senat sich mit der Umsetzung
240 des Koalitionsvertrages hier auf Kosten der Stadtteilmütter und der betroffenen Familien
241 Zeit lässt.

242 Wir wollen die aufsuchende Familienarbeit wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt
243 Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
244 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

245 Sämtliche Angebote der Familienarbeit und Familienförderung, die nach §16 des Achten
246 Sozialgesetzbuches der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie vorgesehen sind,
247 müssen rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert
248 werden. Das Angebot muss bedarfsgerecht weiterentwickelt und mit qualitativen sowie
249 quantitativen Fachstandards verbindlich abgesichert werden. Dafür wollen wir mit der rot-
250 rot-grünen Koalition noch in dieser Wahlperiode ein Familienfördergesetz erlassen. Wir
251 erwarten von der zuständigen Senatsverwaltung, dass ein entsprechender Entwurf so
252 rechtzeitig vorgelegt wird, dass er noch 2020 beschlossen werden kann.

253 Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein Problem – aber gerade für Familien,
254 die von Armut betroffen sind. Immer häufiger werden sie aus ihrem gewohnten Umfeld
255 verdrängt. In Extremfällen werden Familien sogar wohnungslos, weil sie zwangsgeräumt wurden.
256 Sie leben oft in Unterkünften, die nicht an die Bedarfe von Kindern angepasst sind: Familien
257 teilen sich meist ein Zimmer, so dass es keine Rückzugsmöglichkeiten oder Raum für
258 Entfaltung für die Kinder gibt. Berlin hatte als erste Stadt in Deutschland eine
259 Notunterkunft für wohnungslose Familien. Allein, dass eine solche Einrichtung nötig ist, ist
260 beschämend. Wir fordern deshalb, dass bei kommunalen Wohnungsgesellschaften grundsätzlich
261 keine Familien geräumt werden und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch
262 bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung
263 wohnungslos werden. Ein entscheidender Baustein ist hier die Prävention, damit Mietschulden
264 gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht.

265 Wir kämpfen außerdem für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür wollen wir den Bau neuer Wohnungen
266 beschleunigen, setzen uns aber auch für den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen ein. Unsere
267 grünen Stadträt*innen schaffen deshalb immer mehr Milieuschutzgebiete und ziehen immer
268 häufiger das Vorkaufsrecht oder sichern durch Abwendungsvereinbarungen bezahlbaren Wohnraum.
269 Und der von der rot-rot-grünen Regierung in Berlin beschlossene Mietendeckel ist ein
270 wichtiger Schritt zur Eindämmung der Mietenexplosion. Auch die von uns etablierte Fachstelle
271 gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt hilft vielen Familien im Sozialleistungsbezug,
272 da viele Vermieter*innen Familien im Leistungsbezug bei der Wohnungsvergabe benachteiligen.
273 Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass gemeinwohlorientiere Bauträger*innen wie
274 Genossenschaften und Stiftungen gefördert werden. Wir wollen einen höheren Anteil an
275 Sozialwohnungen; davon profitieren vor allem auch einkommensschwächere Familien.

276 **Mit Grün: gute Startchancen für alle Kinder**

277 Um Kinderarmut zu bekämpfen, braucht es ein Bündel an Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene,
278 das Familien sowohl finanziell entlastet als auch durch veränderte Rahmenbedingungen in
279 Verwaltung, Arbeitswelt, Schule und Kita unterstützt, ausreichend bezahlbaren Wohnraum,
280 Beratungsangebote und Angebote von Kinder-, Jugend- und Familienzentren schafft. Bündnis
281 90/Die Grünen Berlin stellen sich dieser Herausforderung – denn für uns ist klar: Kein Kind
282 darf aufgrund seines familiären Hintergrunds benachteiligt sein; wir kämpfen weiter dafür,
283 dass alle Kinder gute Startchancen ins Leben haben!